

Calmer Tagblatt

Nr. 191.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Verlagspreis: An der Stadt mit Trägerlohn M. 84.— vierteljährlich. Postbezugspreis M. 84.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr nachmittags.

Freitag, den 18. August 1922.

Verlagspreis: An der Stadt mit Trägerlohn M. 84.— vierteljährlich. Postbezugspreis M. 84.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr nachmittags.

Neueste Nachrichten.

Zufolge des katastrophalen Marksturzes werden ab 1. September die Gütertarife auf den Reichseisenbahnen um 50 Prozent erhöht, sodaß sie dann das 140fache des Friedensstarfs betragen.

Die Spitzenorganisationen wollen der Reichsregierung den Vorschlag unterbreiten, den Beamten für den Monat August eine Zulage von 4-5000 M. je nach der Gehaltsklasse zu gewähren.

Die bayerischen Koalitionsparteien haben nach langen Erörterungen eine Erklärung abgegeben, daß die in Berlin getroffenen Vereinbarungen in der beschlossenen Form nicht annehmbar seien. Die bayerische Regierung wird nun neue Verhandlungen mit der Reichsregierung einleiten.

Der deutsche Reichskanzler hat in einem den ausländischen Journalisten gewährten Interview der Entente die Folgen vor Augen gehalten, die eine Fortsetzung bzw. Unterbrechung der seitigeren französischen Erpressungs- und Drohpolitik nicht nur für Deutschland sondern für ganz Europa zeitigen müsse.

Ob die Entente diese Mahnungen beherzigen wird, läßt sich gegenwärtig nicht sagen. Daß man in alliierten Kreisen und auch in Paris den deutschen Widerstand gegen die erpresserische Haltung Poincarés diesmal nicht so leicht nimmt, das geht aus den öffentlichen Bestrebungen der Vertreter in der Reparationskommission nach Erlangung eines Kompromisses deutlich hervor. Der belgische Vertreter soll jetzt einen Vorschlag gemacht haben, die deutschen Zahlungen bis zu einer auf 2. November einzuberufenden neuen Konferenz ruhen zu lassen, wofür jedoch Deutschland durch Handelsunterschriften garantierte Verpflichtungen geben müsse. Jrgendwelche positiven Ergebnisse der Verhandlungen sind jedoch noch nicht vorhanden.

Wie sehr es den Franzosen daran gelegen ist, Deutschland völlig zu isolieren, das geht daraus hervor, daß man jetzt einen linksstehenden Abgeordneten nach Moskau schicken will, um mit der Sowjetregierung direkt zu verhandeln.

Weltfriede und Frankreich.

Von einem deutschen Parlamentarier.

Der Ruf nach Weltfrieden und Völkerverständigung durchdringt immer vernehmlicher alle Erdteile. Sieger und Besiegte, vor allem auch Neutrale, greifen diesen Ruf auf. Europa, aus tausend Kriegswunden blutend, ringt sich allmählich zur Erkenntnis durch, daß das Problem des Wiederaufbaus solange unüberwindlich bleibt, als die Atmosphäre des Hasses, der Unvernunft und Unversöhnlichkeit vorherrscht. Vernunft und Versöhnung sind die unerläßlichen Vorbedingungen für die Errichtung der europäischen Staaten und der abendländischen Kultur vor dem drohenden Untergang. Zahlreiche Konferenzen haben seit dem unglückseligen Versailler Zwangsfrieden, der die Stimmung der Nationen vergiftete und das Grundhindernis für eine wirtschaftliche wie finanzielle Wiedernäherung der Völker bedeutet, stattgefunden. Aber welche positiven Ergebnisse haben sie bisher gezeitigt? Selbst die letzte Genauer Tagung, die immerhin insofern eine Besserung gegenüber den früheren unfruchtbaren Konferenzen zeigte, als sie eine gewisse gesamtpolitische Luftreinigung bewirkte, endete doch mit äußerst dürftigen Resultaten. Wird die jetzige Londoner Tagung, von der das Schicksal ganz Europas, ja der Welt, und die Zukunftsentwicklung von vielen Hunderten Millionen Menschen abhängt, bessere Früchte bringen? Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, obgleich der bisherige Verlauf selbst für die kühnsten Optimisten nicht vielversprechend erscheint.

Woran liegen diese negativen Ergebnisse? Welcher Staat und welche Regierung trägt die Schuld daran? Das ist die Kernfrage, die unparteiisch vor der Weltgeschichte beantwortet werden muß. In der unerschöpflichen sachgemäßen Beantwortung dieser Grundfrage sind alle Völker, denen ehrlich und aufrichtig an einer Wiederverständigung und an dem notwendigen Wiederaufbau gelegen ist, gleichmäßig interessiert. Wir Deutsche waren es ja seit langem gewohnt, vor der ganzen Welt als Sündenböcke bloßgestellt und als Sündenböcke, schuldig an allem Weltunheil, diskreditiert zu werden. Unsere scharfen Proteste blieben geflüstert und unbeachtet; unsere einwandfreien sachlichen Aufklärungen und altemännlichen Darlegungen wurden beiseite geworfen. Heute gibt es — außerhalb Frankreichs — wohl kein Volk der Erde mehr, das Deutschland an der Verschleppung des

Wiederaufbaus und der fortgesetzten Vergiftung der Weltatmosphäre die Schuld beimißt.

Italienische und englische Regierungskreise haben schon seit einiger Zeit anerkennenswerte Mühe aufgewandt, auch dem bisher verfehmten Deutschland gegenüber eine objektivere und gerechtere Haltung einzunehmen. Das erschütternde Werk des früheren italienischen Ministerpräsidenten Nitti über „das freudlose Europa“ erregte ebenso gewaltiges Aufsehen wie seine jüngsten Veröffentlichungen über die verhängnisvollen Zerrümer der Zeit, worin er die auf den Versailler Vertrag und das Londoner Ultimatum gegründeten Reparationsforderungen mit ihrer unerschwinglichen wahrwichtigen Höhe als geradezu „idiotenhaft“ bezeichnet. Neuerdings auf der Londoner Tagung hielt dann Lloyd George eine bemerkenswerte Rede, deren deutliche Zielrichtung gegen die maßlose Gewaltpolitik Poincarés ging. Die Ausführungen des englischen Premierministers enthielten eine geradezu vernichtende Kritik der französischen tendenziösen Anschuldigung, Deutschland sabotiere den Friedensvertrag und rüste zum Revanchekrieg. Die deutsche Flotte sei — so legt Lloyd George dar — vollständig zerstört und die militärische Macht Deutschlands, das seine sämtlichen Waffen abgeliefert habe und gänzlich entwaffnet sei, sei derart gebrochen, daß kein vernünftiger Mensch in absehbarer Zeit an einen Revanchekrieg bei der Unmöglichkeit der Ersatzbeschaffung von Waffen, Munition und Material auf viele Jahre hinaus denken könne, zumal an Stelle der früher unter Waffen stehenden fünf Millionen Mann die deutsche Wehrmacht jetzt nur noch 100 000 betrage. Weiter habe Deutschland trotz seiner drei Revolutionen und der Schwäche seiner Regierungen schon 10 Milliarden Goldmark bezahlt. Der Niedergang der Wechselkurse sei ein sicheres Thermometer, um die schwere Fieberkrankheit und den deutschen Ruin zu erkennen.

Angeichts der wichtigen Beweiskraft dieser durchschlagenden Argumente gibt es für den entgegengesetzten Standpunkt der heutigen französischen Machthaber, die Deutschland durch immer neue Pressionen und Sanktionen, sich wechselseitig an Härte und Grausamkeit überbieten, bis zum Weißbluten zu erschöpfen und zum vollständigen wirtschaftlichen und finanziellen Bankrott zu führen drohen, nur zwei Erklärungsmöglichkeiten: entweder haben Siegertumel im gegenseitigen Verein mit Haß und Rache die französische Regierung derart verblendet, daß sie Deutschland in den Abgrund stürzen wollen, ohne sich die drohende Gefahr, mithineingezogen zu werden in die Tiefe, zu vergegenwärtigen, oder aber Frankreich verfehlt mit latter Ueberlegung Deutschland systematisch durch raffiniert ausgeübte Gewaltmittel in die Unmöglichkeit der Erfüllung, um dadurch andere gewinnbringende Zwecke auf Kosten des gepeinigten Deutschlands durchzusetzen.

Um sich für die eine oder andere Alternative unter Berücksichtigung des Nationalcharakters und der Gloire-Sucht der Franzosen zu entscheiden, muß man die jahrhundert alte traditionelle Rheinlandpolitik Frankreichs im Auge behalten. Stets hat Frankreich seine Blicke auf das linke Rheinufer geworfen. Die napoleonische Eroberung der linksrheinischen Gebiete hat dort Jubel und Begeisterung ausgelöst, ihr Verlust 1814-15 herben Schmerz. Schon in den 1830er und 1840er Jahren gingen die Annexionsabsichten wieder zum Rhein, wurden aber durch stammende Entrüstung ganz Deutschlands und die helle Begeisterung, die besonders das Biederste Rheinlied in allen deutschen Gauen hervorrief, einmütig zurückgewiesen. Welche Rolle dann Frankreich im Frühjahr 1919 spielte, haben die jüngsten sensationellen Enthüllungen des Wilsonschen Presseshefs Mr. Bakers deutlich ergeben. Danach hat sich Frankreich nur unter dem starken Druck der übrigen Mächte dazu bequemt, seine raschlichigen Ansprüche auf reißerische Besitzergreifung des ganzen linken Rheinufer scheinbar zurückzugeben. „Scheinbar“, so fährt Baker fort; denn „die Franzosen sehen den Krieg immer weiter fort, so wie sie es jetzt noch machen.“

Diese die wahren Ziele des angeblich so friedliebenden und versöhnlichen Frankreichs schonungslos enthüllender Veröffentlichungen bieten eine treffliche Illustration zu einer nach unüberwindlichen gebildener französischer Zeitungsnotiz jüngst von Poincaré gehaltenen Rede, worin er unumwunden erklärte: „Frankreich gehe der dauernden Besetzung des linken Rheinufer entgegen und er fühle sich wohl dabei; er ziehe die Besetzung und Eroberung dem Geldeziehen vor; wenn Deutschland seine Verpflichtungen aus Versailles erfüllte, wäre es um die Macht der französischen Armee vorbei, dann müßte abgerüstet werden.“

Solange Frankreich unter dem Zeichen und der Herrschaft solcher Poincaréscher Gewaltpolitik steht und die dortigen be-

sonnen und veröhnlichen Elemente, die leider heute noch in der Minderzahl sind, in den Hintergrund gedrängt bleiben, wird die Welt nicht zum Frieden kommen. Der Welt-Friedensstörer muß dann aber anderswo gesucht und gefunden werden, als bei dem von ehrlicher Friedensliebe und aufrichtiger Versöhnung getragenen deutschen Volke.

Inzwischen wird man auch in England zu der Ueberzeugung gekommen sei, wie bitter sich der in Versailles begangene Bruch an alten englischen Traditionen gerächt hat, das europäische kontinentale Gleichgewicht durch Deutschlands Wehrlosmachung zu erschüttern und Frankreich als größte Militärmacht der Welt zum brutalen Weltviktor zu erheben.

Nach London.

Erste Mahnungen des deutschen Reichskanzlers an die Entente.

Berlin, 17. Aug. Beim Empfang ausländischer Pressevertreter führte der Reichskanzler aus: Mancher von Ihnen wird Zeuge jener demütigenden Sitzung in Genoa gewesen sein, wo mein verstorbenen Freund, der Minister Rathenau, zu den großen westpolitischen Fragen Stellung nahm. Aber wie ist sein Ruf nach Friede aufgenommen worden? Seit Monaten hält der französische Ministerpräsident Rede auf Rede, eine drohender und verheerender als die andere, und die französische Politik begnügt sich nicht mit Worten, sie verhängt Retorsionen, die das deutsche Volk bis in die tiefsten Tiefen erschütterten. Hunderte werden als Bettler auf die Straße getrieben, darunter Greise, die Jahrzehnte in Elend Lothringen gearbeitet haben. Das ist kein Friede, das ist die Fortsetzung des Krieges und zwar gegen Wehrlose. Die Ausweisungen bringen Unruhe in das deutsche Volk, die noch übertroffen wird durch die allgemeine Aufregung, die der Sturz der Mark heraufbeschworen hat. Ich richte an alle Kreise des deutschen Volkes die erste Mahnung, dieser Verworfenheit nicht nachzugeben. Der Vergleich mit Oesterreich hinkt insofern, als es dort nur ein einziges derartiges Zentrum der Menschenanhäufung, nämlich Wien gibt, wie wir sie in großer Zahl haben. Eine gleiche Entwicklung würde bei uns ganz andere politische und soziale Auswirkungen haben. Ich kann mir ein Weiterleben unseres deutschen Volkes im Rahmen unserer staatlichen Ordnung bei völlig entwerteter Valuta schwer denken. Das war die große Aufgabe der deutschen Volkes nach der Kriegskatastrophe, daß wir veracht haben, auf Grund einer neuen wahrhaft demokratischen Verfassung ein neues staatliches Leben aufzubauen. Aber ich frage Sie, welche Anerkennung hat die deutsche Demokratie von außen erfahren? Gewiß, die Erkenntnis, daß das Reparationsproblem ein Weltproblem darstellt, hat besonders in der angelsächsischen Welt und in Italien große Fortschritte gemacht. Allein wenn aus dieser Erkenntnis keine politischen Forderungen gezogen werden, so kann die soziale Katastrophe für Europa nicht mehr abgewendet werden. Sieht man denn in Frankreich nicht ein, daß die Tatsache feststeht, daß Deutschland keine Goldzahlungen leisten kann? Noch einmal haben wir 10 Millionen Goldmark aufgebracht. Schon diese gehen uns ab an dem dringenden Bedarf für die Einfuhr von Getreide. Die deutsche Regierung hat die Pflicht, zu sorgen, daß das deutsche Volk Brot hat für das Spätjahr und den schweren Winter. Ich frage Sie, wie kann das Staatsgefühl Wurzel fassen im Herzen des Volkes, wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, ihm das tägliche Brot zu angemessenem Preise zu geben? Ganze Klassen des Volkes versinken in Elend und Verzweiflung. Wir stehen vor einer großen Katastrophe der europäischen Kultur, wenn man diese Lebensquellen verstopfen läßt. Frankreich gewinnt aus seiner Politik nichts. Auf die Unmöglichkeit der Goldleistungen muß naturgemäß die Unmöglichkeit der Sachleistungen folgen. Es ist etwas Gewalttätiges, am Sterbende eines Volkes zu stehen und zerrinnen zu sehen, was in politischer Arbeit aufgebaut worden ist. Die nächste Aufgabe der Politik in Deutschland ist die Sicherung der staatlichen Ordnung eines 60 Millionen-Volkes, woran die ganze Welt interessiert ist.

Die Verhandlungen in der Reparationskommission.

Paris, 17. Aug. Zu den Verhandlungen der Reparationskommission teilt das „Journal des Debats“ mit, die Delegierten seien auf der Suche nach einer Einigungsformel. Im Augenblick scheine nicht die Berechnung der Stimmzahl, die auf dieses oder jenes Projekt entfallen könne, sondern mehr die Möglichkeit eines Kompromisses die Hauptfrage zu sein. Seit gestern hätten die Delegierten untereinander private Unterredungen gehabt. Das Bekanntwerden der Antwort der Kommission sei also nicht vor zwei oder drei Tagen zu erwarten.

Paris, 17. Aug. Der „Temps“ bleibt entgegen der Auffassung gewisser englischer Blätter dabei, daß die Stimme des Vorkriegs-

ürde hierdurch für
en und die Geber
s unbeschreibliche
mitwirken zu dür
ngen, daß Geber

irtschaftsleute ihr
e ihr Einfluß auf
Behauptung, daß
m Schlag vernich
Punkte zum weis
ng aufs wärmste

Christentum in
C. W. R.

mann. Calw.
erel, Calw.

Badischer
Hof
agut

Röbbl
und Nadelburg.
achm. 3 Uhr
ellung
ermäßigte Preise.

bot.

rell.

nachm.

anlagen

zept

13.

K.Müller.

5 Mark

altung.

bach.

Freunde und
en 19. Aug.

eier

n Calmbach

reichenbach.

bach.

sonderen Ein-

Wer

ographie-

errikt

olze-Schrey

wolle unter

an d. Geschäfts-

Bl. schreiben.

eilungen

nungen

Die rasch in der

chläger'schen

uckerei Calw.

mstimmer

Aufträge für den

des Blattes oder

heim,

1210 u. 7821.

den der Reparationskommission als ausschlaggebend zu betrachten sei. Das Blatt beruft sich diesmal auf Artikel 487 des Friedensvertrags, der für jeden durch den Vertrag eingeleiteten Ausschuss festsetzt, daß bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag geben soll, es sei denn, daß durch spätere Vereinbarungen etwas anderes bestimmt wird.

Paris, 18. Aug. Die Bevollmächtigten der Reparationskommission hielten heute Nachmittag eine halbamtliche Zusammenkunft ab, um die Prüfung der auf den deutschen Moratoriumsantrag zu erteilenden Antwort zu beginnen. Ohne dem Problem auf den Grund zu gehen, faßten sie verschiedene grundsätzliche Entschlüsse, allerdings nur bedingungsweise. Die Bevollmächtigten bemühen sich sehr lebhaft, und alle mit dem gleichen guten Willen, eine gemeinsame Lösung zu finden, die die Zustimmung der alliierten Regierungen finden könnte. Zu diesem Zweck bemühen sie sich, im geheimen zu arbeiten und bewahren strengste Zurückhaltung. Man darf nicht damit rechnen, daß die endgültige Entscheidung vor Mitte nächster Woche getroffen wird.

Paris, 17. Aug. Die Delegierten der Reparationskommission sind heute im Hotel Astoria zusammengetreten und haben Besprechungen gehabt, um, wenn möglich, zu einer Lösung zu kommen, die die Interessen Frankreichs wahr und zugleich für die anderen Regierungen annehmbar ist. Eine amtliche Sitzung im eigentlichen Sinne findet heute nicht statt. Ein Bericht wird heute nicht ausgegeben.

Ein belgischer Vorschlag.

Brüssel, 17. Aug. Wie die Agence Belge meldet, deuten gewisse Gerüchte darauf hin, daß Delacroix wahrscheinlich den Auftrag erhalten wird, in der Reparationskommission den Vorschlag zu vertreten, den Clemens in London gemacht hat. Dieser Vorschlag läuft darauf hinaus, daß die Zahlungen Deutschlands bis zu einer am 2. November abzuhaltenden Konferenz gestundet werden sollen, daß aber Deutschland inzwischen sich dadurch seiner Verpflichtungen zu entschlagen habe, daß es der Kommission durch Handelsunterstützung garantierte Versprechungen gebe.

Zur auswärtigen Lage.

Neue unverkürzte polnische Forderungen in Oberschlesien.

Berlin, 16. Aug. Nach hier vorliegenden amtlichen Nachrichten hat der polnische Kommissar neuerdings der Grenzkommission, die mit der Grenzziehung in Oberschlesien beauftragt ist, folgende Forderungen vorgelegt: Zuteilung der „Delbrück“-Schächte an Polen, Zuteilung des „Siedlersglück“-Schachtes nebst dem Ost- und Westfeld des Zinkbergwerks „Wilhelmsglück“ an Polen, Zuteilung des vorgerichteten Steinkohlenfeldes der „Kadziarka-Grube“ in Polen, eine Erweiterung des Geländes nördlich und östlich des „Carnalsfreude“-Schachtes zu Gunsten von Polen, Zuteilung des Siefeldes der „Königin Luise-Grube“ an Polen. Ferner zahlreiche andere Veränderungen der Demarkationslinie zu Gunsten Polens, z. B. Zuteilung eines Teils der für die Stadt Beuthen lebenswichtigen Straßen- und Kleinbahnverbindungen bei Rudawammer.

Dieser polnische Vorschlag zur Festsetzung der definitiven Grenzlinie ist für Deutschland selbstverständlich völlig unannehmbar. Das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 ist unter der Bedingung abgeschlossen worden, daß die damals bereits gezogene Demarkationslinie keine wesentlichen Änderungen erfahren würde. Die von den Polen neuerdings erstrebte Grenzlinie würde die Demarkationslinie erheblich abändern, würde weite Strecken deutschen Gebietes, die Milliardenwerte in sich schließen, vom Deutschen Reich abtrennen. Es muß von der Grenzkommission erwartet werden, daß sie die polnischen Forderungen bei Festsetzung der definitiven Grenzlinie mit Entschiedenheit zurückweisen wird.

Abjluß des tschechisch-

jüdislawischen Bündnisvertrags.

Prag, 18. Aug. (Tschecho-Slow. Pressebureau). Das jugoslawische Königspaar ist heute morgen in Marienbad eingetroffen. In den nächsten Tagen trifft der Ministerpräsident Pašić in Marienbad ein. Nach seiner Ankunft wird sich auch der tschechisch-slowakische Ministerpräsident und Außenminister Dr. Beneš nach Marienbad begeben, wo die Unterzeichnung des erneuerten und auf breitere Grundlage gestellten Bündnisvertrags zwischen der Tschecho-Slowakei und Jugoslawien erfolgen wird.

Direkte französisch-russische Verhandlungen.

Paris, 17. Aug. Der „Temps“ veröffentlicht eine Meldung aus Lille, wonach der Führer der radikalen Partei, Herriot, am 3. September mit Tschitscherin und Litwinow in Freiburg i. Br. zusammentreffen werde. Bei dieser Gelegenheit würden Verhandlungen eingeleitet werden über neue Angebote und Garantien der Sowjets, die anders seien, als die, die in Moskau und im Haag vorgelegt wurden.

Ausland.

Enver Pascha gefallen.

Berlin, 18. Aug. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus London: Enver Pascha hat am 4. August südwestlich Buchara in einem zweifelhaften Kampf mit den roten Truppen seinen Tod gefunden.

Festnahme von Angehörigen der Organisation C in der Tschechoslowakei.

Prag, 17. Aug. Nach einer Zeitungsmeldung wurden am 11. 8. zwei verdächtige Leute bei dem Versuche, die Grenze ohne Reisedokumente zu überschreiten, verhaftet. Auf der tschechischen Polizeidirektion gaben die Verhafteten, die 19 Jahre alten Leo F i j e r und Bankbeamter Hans S c h u s t an, daß sie Mitglieder der Organisation C, Ortsgruppe Hamburg wären und daß sie auf der Verfolgung vor der Hamburger Polizei nach Ungarn flüchten wollten. Schust gab zu, daß er von dem Anschlag auf Rathenau Kenntnis gehabt habe.

Festhaltung eines Beteiligten am Rathenau-Mord in Innsbruck.

Innsbruck, 17. Aug. Laut „Innsbrucker Nachrichten“ ist Fabrikant Küchenmeister, der wegen Gestellung eines Autos zur Ermordung Rathenaus Ende Juni verhaftet worden war, dieser Tage dem Landgericht Innsbruck überwiesen worden.

Eine Notstandsaktion in Ungarn.

Budapest, 18. Aug. Der Reichsverweser hat an den Ministerpräsidenten Grafen Bethlen ein Handschreiben gerichtet, worin er eine Notstandsaktion anregt, deren Leitung er sich selbst vorbehält. Die Ernte des Landes, meint der Verweser, reiche gerade aus, um die Ernährung für jedermann zu sichern; bloß die Verteilung müsse eine entsprechende sein.

Senator La Follette über Amerikas Teilnahme am Weltkrieg.

In einer Rede in Sheboygan, Wis. bezeichnete Senator La Follette den Weltkrieg als einen Handelskampf; das Gerüde, „die Welt für die Demokratie zu sichern“, sei Propaganda gewesen, mit welcher das amerikanische Volk von der im englischen Fahrwasser schwimmenden Presse gefüttert wurde. „Wäre ich zur Zeit des Weltkriegs Präsident gewesen“, sagte der Senator, „wären die Vereinigten Staaten nicht in den Krieg getreten, und wenn ich alle Morgans hinter Schloß und Riegel bringen müßte.“ La Follette ist Kandidat für den Bundes Senat für den Staat Wisconsin und wird auch von den Deutschamerikanern unterstützt. — Natürlich werden die Deutschamerikaner auch auf diesen Schwindel hereinfallen, wie früher auf den Wilsonschen.

Die bayrische Krise.

Ablehnung der Berliner Vereinbarungen durch die bayrischen Koalitionsparteien.

München, 16. Aug. Die Bayerische Staatszeitung schreibt: die Entscheidung über die Abmachungen mit dem Reich dürfte heute fallen. Man kann wohl jetzt schon mit der Annahme der Vereinbarung durch die Koalitionsparteien rechnen. Der Bauernbund hat bereits seine Zustimmung erteilt und in der Bayerischen Volkspartei mehren sich die Stimmen dafür, wenn auch vielleicht noch bestimmte Sicherheiten für Einzelheiten der Abmachungen gewünscht werden. Man kann überzeugt sein, daß die Worte des Reichspräsidenten eine Gewähr für loyale Durchführung der Zugeständnisse bieten.

München, 17. Aug. In der heute Nachmittag fortgesetzten Besprechung der Koalitionsparteien, an der sämtliche Minister teilnahmen, wurde eine völlige Einigung darüber erreicht, daß die zwischen Berlin und München erzielten Vereinbarungen in der beschlossenen Form nicht angenommen werden könnten, sondern daß eine Reihe von Ergänzungen notwendig sei. Anschließend an diese Besprechungen fand ein Ministerrat statt, in dem zu den obigen Beschlüssen der Koalitionsparteien Stellung genommen wurde. Der Ministerrat wird die hiernach notwendigen Schritte bei der Reichsregierung ungesäumt einleiten.

Berlin, 18. Aug. Die Morgenblätter berichten aus München, daß Graf Berchthold es abgelehnt haben soll, zum zweitenmal als Unterhändler nach Berlin zu gehen. So werde diesmal eine aus anderen Regierungsvertretern zusammengesetzte Kommission nach Berlin fahren, die ganz bestimmte Befugnisse habe. Wie die „Deutsche Allgem. Zeitg.“ wissen will, reist diese Kommission bereits heute nach Berlin ab.

Eine Entschliebung der bayrischen Volkspartei.

Berlin, 17. Aug. Die Abendblätter melden: Münchener Meldungen zufolge hat der Parteiausschuß der Bayerischen Volkspartei eine Entschliebung gefaßt, in der das Bedauern ausgedrückt wird, daß durch das geringe Maß von Entgegenkommen der Reichsregierung die Vereinbarung vom 11. August nicht alles enthalte, was zur Wahrung der staatlichen Selbständigkeit und der Hoheitsrechte Bayerns verlangt werden müsse. Ferner wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es gelinge, die noch bestehenden Bedenken zu beseitigen. Bis dahin aber müßte die Verordnung der bayerischen Staatsregierung vom 24. Juli in Kraft bleiben und der Kampf für eine baldige Aufhebung der Schutzgesetze sowie die Sicherung und Erweiterung der bayerischen Hoheitsrechte fortgesetzt werden.

Deutschland.

Der Reichspräsident zur Eröffnung der Hamburger Ueberseewoche.

Berlin, 17. Aug. Der Reichspräsident ist heute Nachmittag in Begleitung der Reichsminister Gröner und Dr. Köster nach Hamburg abgefahren, um an der Eröffnung der Hamburger Ueberseewoche teilzunehmen.

Hamburg, 17. Aug. Während des Empfangs im Rathaus hatten sich auf dem Rathausmarkt Tausende eingefunden, die den Reichspräsidenten sehen wollten. Der Reichspräsident trat auf den Balkon und wurde mit stürmischen Hochrufen begrüßt. Er dankte für die herzliche Begrüßung und führte in einer kurzen Ansprache aus, daß er in dieser Kundgebung die Bereitwilligkeit erblicke, mitzuarbeiten an dem Werke der Wiedererstarkung unseres Vaterlandes. Der Reichspräsident schloß mit einem Hoch auf die deutsche Republik, die Stadt Hamburg und unser deutsches Vaterland. Die Menge stimmte hierauf das Deutschlandlied an.

Keine Verleihung der Uniform d. alten Heeres mehr.

Berlin, 18. Aug. Laut „Lokalanzeiger“ hat der Reichspräsident angeordnet, daß nach dem 1. August 1923 an ausscheidende Offiziere nicht mehr die Uniform des alten Heeres, sondern nur noch die der Reichswehr verliehen werden dürfe, selbst die betreffenden Offiziere ihre Hauptdienstzeit in einem Truppenteil des alten Heeres zugebracht haben.

Erhöhung der Gütertariife ab 1. September.

Berlin, 17. Aug. Die Reichseisenbahn ist infolge der katastrophalen Entwertung der Mark und der sich daraus ergebenden Ausgabesteigerungen genötigt, die zur Zeit gültigen Gütertariife

zum 1. September um 50 Prozent zu erhöhen. Diese Erhöhung wird bei der zum 1. Oktober erfolgenden organischen Umarbeitung des Gütertariifs, bei der der neue Eisenbahnrat mitwirkt, bereits berücksichtigt. Die durchschnittliche Tarifierhöhung gegenüber dem Frieden beträgt vom 1. September ab rund das 140fache.

Die Aussprache der Arbeitnehmerorganisationen mit dem Reichswirtschaftsminister.

Berlin, 17. Aug. Wie der Vorwärts berichtet, empfing Reichswirtschaftsminister Schmidt die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen gestern zu einer Aussprache über die wirtschaftliche Lage. Die Vertreter wiesen unter anderem auf die große Beunruhigung unter der Arbeiterschaft hin, die, wenn nicht alles getan würde, wie im vorigen Jahre zu Ausschreitungen führen könnte. Der Minister begrüßte die Bereitwilligkeit der Gewerkschaften, die Regierung in den von ihr geplanten Maßnahmen zu unterstützen. In der Aussprache ergab sich über alle Fragen volle Übereinstimmung.

Die Zulagenforderungen der Beamten für August.

Berlin, 18. Aug. Die Beamtenverbände und gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben sich bezüglich der für den Monat August aufgestellten Forderungen den Blättern zufolge auf ein einheitliches Programm geeinigt, wonach Beamte, Angestellte und Arbeiter prozentual gleiche Erhöhungen erhalten sollen. Die Forderungen bewegen sich zwischen 4 und 5000 Mark Monatszulage. Sie wurden in den heute Mittag im Reichsfinanzministerium eröffneten Verhandlungen der Reichsregierung unterbreitet.

Internationaler Telegraphienwettbewerb in Berlin.

Berlin, 17. Aug. Anlässlich des 8. internationalen Telegraphienwettstreites fand heute Abend beim Reichspostminister Giesberts ein Empfang statt, für den die in- und ausländischen Preisrichter, Vertreter des Festausschusses und sonstige an der Veranstaltung Beteiligte geladen waren. Der Minister, unterstützt von Staatssekretär Dr. Bredow, in dessen Händen die Oberleitung des Wettstreits liegt, begrüßte die Erschienenen. An eine drahtlos-telephonische Musikvorführung schloß sich ein zwangloses Zusammensein der Veranstalter und Preisrichter des internationalen Wettbewerbs an.

Berlin, 17. Aug. Im ehemaligen Herrenhaus eröffnete heute Nachmittag Postinspektor Bachmann-Berlin in Gegenwart sämtlicher deutschen und ausländischer Teilnehmer am 2. internationalen Kongreß des Personals der Post-, Telegraphen- und Telephonbetriebe eine Ausstellung der deutschen Post- und Telegraphenbeamten, in der gezeigt wird, wie die Beamten und Beamtinnen neben ihrer schweren Berufsarbeit auch noch Zeit finden, sich künstlerisch zu betätigen auf der Gebiete der Malerei, der graphischen Darstellung, Literatur, Tonkunst, der Erfindungen auf technischem Gebiet durch Nadelarbeiten, Herstellung kunstvoller Schmuckstücke usw.

Berlin, 17. Aug. Heute nachmittag 2 Uhr begrüßte im Postministerium Reichspostminister Giesberts die Teilnehmer an internationalen Telegraphienwettbewerb und kurz hinterher den internationalen Kongreß des Personals der Posten und Telegraphen. Am Wettbewerb sind die meisten europäischen Staaten bis auf England, Frankreich, Belgien und Polen beteiligt. Auch Rußland hat eine Anzahl Vertreter entsandt. Die Eröffnung des Wettstreits findet durch eine Festspiegelung am Freitag, den 18. ds. Mts., morgens 9 Uhr im Reichstag statt. Die Ansprachen, die bei dieser Gelegenheit gehalten werden, werden durch ein auf der Rednertribüne aufgestelltes Mikrophon nach der Funkstation Königsplatz übertragen geleitet und von dort drahtlos telephonisch über ganz Europa verbreitet.

Zum Geständnis der Scheidemannattentäter.

Kassel, 16. Aug. Nach Mitteilung der Oberstaatsanwaltschaft haben Hufert und Dohlschläger vor dem Untersuchungsrichter ihr Geständnis in allen Stücken aufrecht erhalten. Dohlschläger erklärte, er habe, als Oberbürgermeister Scheidemann schob, die Pistole auf Scheidemann gerichtet, wobei er etwa 15 Schritte hinter Scheidemann stand. Am Schießen sei er durch den Stoß eines Mannes verhindert worden, der ihm und Hufert bewußt oder unbewußt schon während des ganzen Weges hinderlich gewesen sei. Als er diesen Mann von sich geschleudert hatte, habe er Scheidemann hinfallen sehen und ihn für tot gehalten. Selbstmörderweise hat sich eine Person, die in der von Dohlschläger geschloffenen Weise tätig war, bisher nicht gemeldet. Es handelt sich nun noch darum, die Herkunft des Giftes und die Teilnahme oder Mitwisserschaft dritter Personen aufzuklären. Die Voruntersuchung gegen die beiden Angeeschuldigten kann in Kürze abgeschlossen und Anklage gegen sie erhoben werden. Zur Aburteilung zuständig ist der Leipziger Staatsgerichtshof.

Protest des Berliner Mietervereins gegen die Erhöhung des Mietzinses.

Berlin, 17. Aug. Die gestrige Festsetzung der Hausmiete auf das vier- bis vierzehnfache des Friedenspreises durch den Magistrat Berlin hat die Zentralkörperschaft der Mietervereinigungen laut Abendblättern bereits heute zum Protest auf den Plan gerufen. In einer großen Kundgebung wird gegen die dem Magistrat überreichte Vorlage Verwahrung eingelegt werden. Der Berliner Mieterverband soll entschlossen sein, dem Beschluß des Magistrats schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Er hofft, daß der Oberpräsident den Beispielen in Hannover und Stettin folgend, große Abstriche von der Magistratsvorlage machen werde.

Schwere Unglücksfälle.

Berlin, 16. Aug. Heute früh stürzte ein unter dem Dach der hohen Halle des Anhalter Bahnhofes angebrachtes Baugerüst herab. Fünf Arbeiter wurden getötet, 6 schwer verletzt.

München, 16. Aug. Gestern Abend schlug ein mit zahlreichen Personen besetztes Lastauto durch Gleiten auf schlüpfriger Straße um und fiel in eine Kiesgrube. Drei Personen wurden zu Tode gedrückt, zwei schwer und viele andere leicht verletzt.

Ergebnis der ... Auf Grund Theodor ... Verwaltung

* Wie uns ... Volksheute mit im Gasthof zum ... reichen Besuche ... mung verfeht ... fellschaft möch ... abend wird in ... von Blumenhal ... das mit zu den ... gehört.

des ... Der Blüfunt ... von Monaten ... aufsteigender ... das Zehnfache ... nach offenbar ... bereinigt gedü ... das Wort die ... Die durchschnitt ... von der Aufgabe ... den Fernsprecher ... guten betragen; ... Ergebnis ist um ... zunächst nur 8 ... Seit Anfang ... des Deutschen ... entwickelt, ist ... der Telegraphen ... Einnahmen ersch ... Wett ... Der Hochbr ... aus dem Westen ... Sonntag ist abe ... erwarten.

Stu ... (S. 2.) Fr ... Friedrichshafen ... dortigen Segler ... zunehmen, wurd ... hen Sturm über ... gemeldet, erheb ... rechtzeitig in der ... schwere Havarie ... an den Strand ... Inoffen kämpft ... folg. Sie wurde ... trieben, aber zw ... Student Karl S ... gekentert waren ... Nachten ist die ... (S. 2.) Fr ... 35 Quadratmet ... aufserordentlich ... wurde ein Herr ... weiterer Segler ... fassen gelang es ... im Wasser fande ... in den dortigen ... Personen (eine ... ereignete sich ... Die Leichen der ... aus Rorsbach, ...

(S. 2.) Fr ... Trittbrett von ... Unglück geführt. ... 10.25 Uhr abge ... ein älterer Mann ... bettt, wo er sich ... fand ihn nach d ... (S. 2.) Be ... lung Gerlingen, ... den worden, der ... Meter groß, ha ... Spitzbart. ... (S. 2.) E ... Leistungen des ... zeigt der Jahre ... Einnahmen und ... 10 192 953 M ... stand betrug 67 ... werksunfähig w ... und 28 449 St ... waren 1111 St ... (S. 2.) E ... präsidenten sind ... Vertichtung als ... eines für Wärt ... entbolen, der V ... dent v. Fehle ... Willy Knoll, ... ditgesellschaft, ... Mitglied und de ... Thema Rang un ...

Nus Stadt und Land.

Calw, den 18. August 1922.

Ergebnis der mittleren Verwaltungsdienstprüfung.

Auf Grund der mittleren Verwaltungsdienstprüfung ist Theodor Möhner von Calw für befähigt erklärt und zum Verwaltungspraktikanten bestellt worden.

Wirt. Volkstheater.

Wie uns aus Liebenzell gemeldet wird, hat das Wirt. Volkstheater mit der Aufführung des Lustspiels „Der Herr Senator“ im Gasthof zum „Ablor“ daselbst einen guten Erfolg erzielt. Die zahlreichen Besucher wurden durch das flotte Spiel in behaglichste Stimmung versetzt, sodass allgemein der Wunsch Ausdruck fand, die Gesellschaft möchte recht bald wieder in Liebenzell spielen. Heute abend wird in Calw im „Babilischen Hof“ das reizende Lustspiel von Blumenthal und Nadelburg „Im weißen Rössl“ gegeben, das mit zu den beliebtesten Stücken der beiden wohligen Humoristen gehört.

Erfreuliche Entwicklung des Blitzfunktelegraphenverkehrs.

Der Blitzfunktelegraphenverkehr, der bekanntlich vor einer Reihe von Monaten versuchsweise eingeführt wurde, befindet sich in rasch aufsteigender Entwicklung und hat sich seit Februar um mehr als das Zehnfache gesteigert. Die Einführung dieses Dienstes hat hier nach offenbar einem wirklichen Bedürfnis abgeholfen. Die vorher verweigerte gedruckte Befragung, daß die Gebühr von 50 M für das Wort diesen Verkehr zurückhalten würde, hat sich nicht erfüllt. Die durchschnittliche Laufzeit eines solchen Telegramms — gerechnet von der Aufgabe bis zur Uebermittlung an den Empfänger, die durch den Fernsprecher erfolgt — hat in den letzten Monaten 12—15 Minuten betragen; in vielen Fällen war sie geringer. Das vorliegende Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als bis Ende vorigen Monats zunächst nur 8 Großstädte an dem Verkehr teilgenommen haben. Seit Anfang August ist der Blitzfunkverkehr auf allen Funklinien des Deutschen Reiches zugelassen. Wenn sich der Verkehr so weiter entwickelt, ist damit zu rechnen, daß seine endgültige Einführung der Telegraphenverwaltung eine neue Quelle für nicht unbeträchtliche Einnahmen erschließen wird.

Wetter für Samstag und Sonntag.

Der Hochdruck verspricht keinen Bestand, vielmehr kündigen sich aus dem Westen bereits neue Störungen an. Am Samstag und Sonntag ist aber noch vorwiegend trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Sturmunglück auf dem Bodensee.

(S. B.) Friedrichshafen, 17. Aug. Als die Segelboote von Friedrichshafen aus nach Lindau unterwegs waren, um an einer vom dortigen Seglerklub veranstalteten Wettfahrt am andern Tage teilzunehmen, wurden sie auf der Höhe von Langenargen von dem großen Sturm überrascht, der das ganze Bodenseegebiet, wie bereits gemeldet, erheblich mitgenommen hat. Einige Yachten kamen noch rechtzeitig in den schützenden Hafen von Langenargen, andere hatten schwere Havarien, gebrochene Masten, zerrissene Segel und wurden an den Strand getrieben. Kleinere Segelboote kenterten und ihre Insassen kämpften mit den Wellen. Die Rettungsaktion hatte Erfolg. Sie wurde mit großer Aufopferung von Passagierdampfern betrieben, aber zwei Schweizer Segler, der Architekt Reuser und der Student Karl Staerckle aus Nordschach, die mit ihrer Yacht „Habwig“ gekentert waren, gelten als verloren. Von den 64 ausgefahrenen Yachten ist die Hälfte schwer beschädigt, ein Teil vernichtet.

(S. B.) Friedrichshafen, 17. Aug. Der in Nordschach beheimatete 35 Quadratmeterkreuzer „Habwig“ geriet, wie gemeldet, in eine außerordentlich schwere See. Von den vier Insassen des Bootes wurde ein Herr durch eine Sturzbohle über Bord gespült und ein weiterer Segler, der ihn retten wollte, ebenfalls. Den übrigen Insassen gelang es nicht, Hilfe zu bringen, so daß beide Herren den Tod im Wasser fanden. Die Yacht wurde von der Linbauer Trajalfähre in den dortigen Hafen gebracht, wo die noch an Bord befindlichen Personen (eine Dame und ein Herr) glücklich landeten. Das Unglück ereignete sich auf der Höhe zwischen Argentinmündung und Nordschach. Die Beiden der Verunglückten, Architekt Stärcke und Eugen Reuser aus Nordschach, sind am Schweizer Ufer gelandet worden.

(S. B.) Pforzheim, 17. Aug. Die üble Gewohnheit, auf dem Treibrett von Eisenbahnwagen mitzufahren, hat wieder zu einem Unglück geführt. Als der Zug Pforzheim—Karlsruhe, der hier um 10.25 Uhr abgeht, in den Springer Tunnel eingefahren war, stürzte ein älterer Mann von Erfingen, namens Gregor Elfinger, vom Treibrett, wo er sich aufgehängt hatte, herab und wurde überfahren. Man fand ihn nach dem Passieren des Zuges tot auf den Schienen.

(S. B.) Leonberg, 17. Aug. Im Staatswald Solitude, Marlung Gerlingen, ist die Leiche eines unbekanntem Selbstmörders gefunden worden, der sich erhängt hatte. Er ist etwa 50 Jahre alt, 1,75 Meter groß, hat schwarze Kopfschmähre, sowie dunklen Schnurr- und Spitzbart.

(S. B.) Stuttgart, 17. Aug. In welcher gewaltiger Weise die Leistungen des Ortskrankentassenverbands Stuttgart gestiegen sind, zeigt der Jahresbericht des Verbands, wonach bei 77 593 507 M. Einnahmen und 67 400 553 M. Ausgaben ein Kasseeinstand von 10 192 953 M. zu verzeichnen ist. Der durchschnittliche Mitgliederstand betrug 67 701 männliche und 52 335 weibliche Mitglieder. Erwerbsunfähig waren 37 221 männliche Mitglieder mit 900 218 Tagen und 28 449 weibliche Mitglieder mit 920 043 Tagen. Insgesamt waren 1111 Verbefälle zu verzeichnen.

(S. B.) Stuttgart, 17. Aug. Durch Entschlüsselung des Staatspräsidenten sind der Staatsrat a. D. v. Mosthaf in Stuttgart von der Verhinderung als Vorsitzender des gewerblichen Sachverständigenvereins für Württemberg, Baden und Hessen seinem Ansuchen gemäß enthoben, der Vorstand des würt. wirt. Landesgewerbeamts Präsident v. Jechle in Stuttgart zum Vorsitzenden, den Fabrikanten Billy Knoll, Geschäftsführer der Firma Wilhelm Knoll, Kommanditgesellschaft, Lederfabrikant in Stuttgart, zum außerordentlichen Mitglied und der Kommerzienrat Maximilian Lang, Teilhaber der Firma Lang und Dumiller, Trikotwarenfabrik in Stuttgart, zum

Stellvertretenden Mitglied des genannten Sachverständigenvereins ernannt worden.

(S. B.) Hochmöffingen O. A. Oberndorf, 16. Aug. Vergangene Woche wurde hier ein Neubau glücklich aufgerichtet. Am Dienstag nachmittag 1 Uhr erhob sich ein mächtiger Sturm; ein Luftwirbel riß den ganzen Dachstuhl herunter, so daß nicht unbedeutender Schaden entstand. Bei dem hohen Ziegelpreis ist von Glück zu reden, daß der Bau noch nicht gebedet war.

(S. B.) Ulm, 17. Aug. Ein alter Mann, Veteran der Arbeit, hat sich aus Verzweiflung über die Wirtschaftslage eine Kugel durch die Schläfe gejagt. Der Schuß war nicht sofort tödlich, doch wird an eine Rettung kaum zu denken sein. — Fährt da auf die Baustelle eines Umbaus ein Fuhrwerk an und labet Bausteine auf mit aller Gemütsruhe. Am Bau Interessierte bemerken dies wohl, glauben aber, das sei eine Anordnung des Bauleiters. Von den frechen Dieben hat man keine Spur.

(S. B.) Von der bayerischen Grenze, 17. Aug. Dem Landwirt Eger in Obererharz wurden aus seinem von dem Ort Klein abseits stehenden Anwesen 27 200 M. gestohlen. — Während eines schweren Gewitters schlug der Blitz in den Stadel des Landwirts Adalbert Bieft in Wallenhausen, der sofort in Flammen ausging. Mit großer Mühe konnte ein ganz geringer Teil der Fahrensicke, sowie das Vieh gerettet werden. Der größte Teil der neuen Ernte, der schon eingebracht war, wurde ein Raub der Flammen. — Bei einem über Schmalenbach niedergegangenen Gewitter schlug der Blitz in einen Bauernhof und zündete. Das ganze Anwesen stand im Feuer in Flammen. Es brannte völlig nieder. Dem schrecklichen Brand sind zwei Menschenleben zum Opfer gefallen, nämlich ein Kind des Anwesenbesizers und der Hütenbube. Außerdem sind zwei Pferde verbrannt.

Das Gesetz über die Kirchen.

Dem Landtag ist, wie bereits berichtet, der Entwurf eines Gesetzes über die Kirchen zugegangen. Er wird im Herbst und Winter, da er die Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirche regelt, die Öffentlichkeit in starkem Maße beschäftigen. Ministerialrat Meyding vom Kultusministerium gab den Vertretern der Presse eine Uebersicht über das neue Gesetz. Es ordnet die staatsrechtlichen Verhältnisse der evangelischen und katholischen Kirche, sowie der israelitischen Religionsgemeinschaft nach einheitlichen Grundsätzen. Von den bisherigen Gesetzen und Bestimmungen werden nur einzelne, meist nur für eine Uebergangszeit, neben der neuen Ordnung fortbestehen. Die wirt. Gesetzgebung tritt später als andere Länder an die Regelung der Rechtsverhältnisse der Kirchen heran, aber der Entwurf gibt eine zusammenfassende Ordnung dieses Rechtsgebietes. Die Grundlagen des Entwurfs sind durch die Reichsverfassung, besonders durch Art. 137 gegeben. Sie hebt die Rechte des Staatskirchenrechts auf und gibt den Kirchen die Rechtsstellung von Selbstverwaltungsorganen des öffentlichen Rechts. Sie erweitert zugleich die Freiheit der Kirchen und erhält ihnen eine Rechtsstellung, die ihrer öffentlichen Bedeutung entspricht. In Württemberg fand schon durch die Staatsumwälzung eine tiefgreifende Veränderung statt, weil das landesherrliche Kirchenregiment bei der evang. Kirche beseitigt und dadurch Kirche und Staat getrennt wurden. Damit fiel der Einfluß des Staates bei der Stellenbesetzung und die Vermittlung kirchlicher Angelegenheiten durch das Kultusministerium. Bei der katholischen Kirche fiel das Stellenbesetzungsrecht der Krone (etwa ein Drittel der Pfarrstellen) und ging an das Bischöfliche Ordinariat über. Gebleben sind nur noch die Ueberwachung der Kirchen in vermögensrechtlichen Angelegenheiten und in der Vermögensverwaltung.

Der neue wirt. Gesetzentwurf entwickelt im ersten Teil in acht Abschnitten die öffentliche Rechtsstellung der Kirche und der gleichstehenden Religionsgesellschaften. Innerhalb der landeskirchlichen Organisationen werden die Kirchengemeinden, die evangelischen Kirchenbezirke, die Landkapitel der kath. Kirche, die evang. Pfarrkirchen und die kath. Pfründen und Kirchenpflegen als juristische Personen des öffentlichen Rechts anerkannt. Von besonderer Bedeutung ist die Regelung des Besteuerungsrechts der Kirchen als ihre wichtigste öffentlich-rechtliche Befugnis. Das Umlagegesetz der Kirchengemeinden wird der neuen Steuerreform des Reiches angepaßt, zugleich das Umlageverfahren vereinfacht. Der Entwurf enthält zugleich eine Höchstgrenze der Erhebung der Kirchensteuer. Sie beträgt 10 % der Reichseinkommensteuer. Der Staat beschränkt sich bei kleineren Umlagen auf die Genehmigung durch Oberamt oder Ministerien. Die Mitwirkung der Kreisregierungen, die Anbührung der bürgerlichen Gemeinde und die Prüfung des Einzugregisters durch das Oberamt entfällt. Gleichzeitig erhalten die Kirchen das Recht, eine Landeskirchensteuer zu erheben, während sie bisher im wesentlichen auf die Staatshilfe angewiesen waren. Die Verwaltung der Kirchensteuer wird überwiegend von den Reichsfinanzbehörden übernommen. Das Recht zu Sammlungen sichert der Entwurf den Kirchen in der bisherigen Weise.

Die Ordnung des kirchlichen Dienststrafrechts überläßt der Entwurf den Kirchen. Den Kirchen selbst steht eine Vollzugsgewalt nicht zu. Der staatliche Vollzug der kirchlichen Dienststrafverfügungen gegen Geistliche oder Kirchenbeamte ist von der Prüfung des Einzelfalles abhängig. Diese Grundsätze gelten für alle Kirchen in gleicher Weise. Für Streitigkeiten kirchlicher Körperschaften und Stiftungen stellt der Entwurf den Kirchen den Verwaltungsrechtsweg zur Verfügung. Im Falle der Meinungsverschiedenheit zwischen Oberkirchenbehörde und Kultusministerium kann eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs herbeigeführt werden. Auch für den Austritt der Mitglieder zieht der Entwurf die Folgen aus der öffentlichen Rechtsstellung der Kirchen. Die Vorschriften über die Form des Austritts sichern in gleicher Weise, daß die Freiheit des Austritts nicht beschränkt wird und daß der Austritt nur auf Grund eines freien überlegten Entschlusses erfolgt. Der Austrittende hat seiner Kirchengemeinde Kenntnis zu geben. Der Austritt erfolgt nach einmonatlicher Ueberlegungsfrist durch Erklärung vor dem Standesamt. Der zweite Teil des Entwurfs hebt bisheriges Recht auf, soweit es nicht durch die Staatsumwälzung (landesherrliches Kirchenregiment) schon beseitigt ist. Die Folge dieser grundsätzlichen Veränderung ist die Aufhebung des Konfistoriums als Staatsbehörde, wodurch die Verabschiedung der evangelischen Kirchenverfassung ermöglicht wird. Sie wurde be-

kannlich schon im Jahre 1920 von der Landeskirchenversammlung verabschiedet, konnte aber bisher nicht in Kraft treten. Bezüglich der kirchlichen Vermögensverwaltung überläßt der Entwurf die Ordnung und Beaufsichtigung der ordentlichen Vermögensverwaltung den Kirchen. Die Bildung der Kirchengemeinde- und Kirchenstiftungsräte soll künftig durch die kirchliche Gesetzgebung geregelt werden. Die Prüfung der kirchlichen Rechnung steht dem Kultusministerium zu. Mit dieser Veränderung endigt die gesetzliche Mitgliedschaft der Ortsvorsteher im Kirchengemeinde- und Kirchenstiftungsrat. Diese bisherige wirt. Einrichtung kann nach der Reichsverfassung nicht aufrechterhalten werden, obschon sich viele Ortsvorsteher, wie der Entwurf sagt, um die kirchliche Entwicklung der Gemeinden anerkannte Verdienste erworben haben. Die Aufsicht der Oberämter und Kreisregierungen über die Vermögensverwaltung der Kirchengemeinden geht auf die kirchlichen Behörden über, soweit nicht bürgerliche Belange beteiligt sind. Dies bedeutet eine wesentliche Erweiterung des kirchlichen Selbstverwaltungsrechts, wie es in den übrigen größeren Ländern noch nicht durchgeführt ist, zugleich auch eine Entlastung der staatlichen Verwaltung. Die Aufsicht über die katholischen Pfründen und die Verwaltung des Interlokalfonds wird dem Bischöflichen Ordinariat überlassen. Dadurch wird der kath. Kirchenrat entbehrlich. Mit seiner Aufhebung soll auf Wunsch des Bischöflichen Ordinariats solange zugewartet werden, bis dieses die Aufsicht über die Pfründenverwaltung selbst übernehmen kann. Den Konfessionsverbänden des Reiches greift der Entwurf nach keiner Richtung vor. Er beschränkt sich auf die Ausführung des Art. 137 der Reichsverfassung, berührt daher weder das Unterrichts- noch die Vermögensverwaltung der Kirchen. Die beabsichtigte Neuordnung der Verhältnisse der evangelisch-theologischen Seminare und der katholischen Konvikte ist gesondert Behandlung vorbehalten. In der Begründung wird betont, daß die Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse, insbesondere die Einräumung des Landeskirchensteuerrechts auf die Vermessung der Staatsleistungen zurückwirken muß. Zunächst soll die verfassungsrechtliche Grundlage, auf der die Staatsleistungen für die Kirchen bis zu der in der Reichsverfassung vorgesehenen Abfindung beruhen, von dem Verwaltungsgerichtshof geklärt werden, dem vom Landtag im Mai das Gesetz über die Auslegung des § 63 Abs. 3 Satz 2 der Verfassung übertragen wurde.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar stand gestern auf 1039 Mark, der Schweizer Franken auf 198,94 Mark.

Die Markentwertung.

(S. B.) Stuttgart, 17. Aug. Noch immer kostet der Dollar mehr als 1000 M. Sein Stand hat sich binnen weniger als 6 Wochen verdoppelt. Es mag heute interessieren, an einigen Daten zu sehen, wie der Dollarkurs sich an der Berliner Börse entwickelt hat. Er stand am 28. März ds. Js. noch 339, am 24. Juni 345, 10. Juli 529, 29. Juli 606, 2. August 777,50, 3. August 832,50, 11. August 870 und 15. August 1040.

Märkte.

(S. B.) Stuttgart, 17. Aug. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 13 Ochsen, 36 Bullen, 329 Jungbullen, 285 Jungriinder, 324 Kühe, 648 Kälber, 970 Schweine, 39 Schafe, 9 Ziegen. Erlös auf je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. Qualität: 4300—4700 M., 2. 3700—4050, Bullen 1. 3800—4000, 2. 3300—3600, Jungriinder 1. 4400—4800, 2. 3800—4200, 3. 3300 bis 3600, Kühe 1. 3300—3700, 2. 2700—3100, 3. 2250—2550, Kälber 1. 6100—6400, 2. 5600—5900, 3. 5200—5400, Schweine 1. 8400 bis 8700, 2. 805—8550, 3. 7700—7950 M. Verlauf des Marktes: lebhaft.

(S. B.) Ulm, 17. Aug. Schlachtviehmarkt. Zufuhr: 14 Stück Großvieh, 51 Kälber, 10 Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Bullen 1. 3600—3750, 2. 3000—3400, Jungriinder 1. 4000—4200, 2. 3600—3900, Kühe 1. 3200—3600, 2. 2600 bis 2900, 3. 1950—2300, Kälber 1. 5400—5600, 2. 4900—5100, Schweine 1. 8000—820, 2. 7500—7800, 3. 6900—7200 M. Marktverlauf: lebhaft.

(S. B.) Neuenbürg, 16. Aug. Unsinntige Preissteigerung. Am Dienstag abend fand auf dem Rathaus eine Schlagraumbesteigerung statt, zu der sich bei der Brennstoffnot eine große Zahl von Liebhabern eingefunden hatte. Ausgeboten wurden 7 Lose Schlagraum. Die städt. Anschläge schwankten zwischen 60 und 90 M., wurden jedoch derart in die Höhe getrieben, daß bis zu 5300 M. für ein Los erlost wurde.

Die weltlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten in Anschlag kommen. D. Schriftl.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Gottesdienste.

10. Sonntag nach Tr., 20. August. Vom Turm: 14. Frühpredigt 8 Uhr, Stadtpfarrer Lang; Hauptgottesdienst 10 1/2 Uhr, Predigtlied 1 Allein Gott in der Höh sei Ehr! Dekan Zeller. Am Schluß des Gottesdienstes findet die Ordination des Predigtamtsgenerbers Bernhard Wildenberger von hier statt. 1 Uhr Christenlehre Söhne jüngere Abteilung. Bibelstunde ist am Donnerstag keine.

Katholische Gottesdienste.

Sonntag, den 20. August 8 Uhr Frühmesse, 10 1/2 Uhr Predigt (Kaplan Fähle) und Amt, 2 Uhr Andacht. Montag, 8 Uhr Gottesdienst in Bad Liebenzell, Mittwoch, 10 1/2 Uhr in Bad Teinach.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, 20. August, vorm. 10 1/2 Uhr Predigt, Schönhardt; 11 Uhr Sonntagsschule; abends 8 Uhr Predigt, Höber; Mittwoch, 8 1/2 Uhr Bibel- und Gebetsstunde. Stammheim: vorm. 10 1/2 Uhr Predigt, Höber; nachm. 1/2 Uhr Predigt, Barth; Mittwoch, 8 1/2 Uhr Bibel- und Gebetsstunde. Oberloibach, vorm. 10 1/2 Uhr Predigt, Missionar Beller; nachm. 2 Uhr Missionsfest im Walde, Missionar Beller und Prediger Höber.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der W. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtgemeinde Calw.
Durch Beschluß des Gemeinderats vom 17. ds. Mts wurde der
Milch-Verkaufs-Preis
ab 18. August auf 11.60 Mk. für das Liter Vollmilch festgesetzt.
Calw, den 17. August 1922.
Stadtschultheißenamt: Göhner.

Amtsgericht Calw.
In das Handelsregister wurde heute zu der Firma Matrazenfabrik Durlach, G. m. b. H., Sitz in Leinach, Ode. Sommerhacht eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Geschäftsführerin Frau Rosa Störzinger, geb. May in Karlsruhe, Gartenstr. 42 Liquidatorin.
Den 17. August 1922.
Obersekretär Pfizenmaier.

Mengen, den 18. August 1922.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Martin Schulz
erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Schmid, für die liebevolle Pflege im Krankenhaus, für die vielen Blumenspenden, sowie für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, sagen herzl. Dank die trauernden Hinterbliebenen.

Müllerzwangsinnung Calw-Nagold-Neuenbürg.
Die Müllervereinnung Kottweil, zu der auch die Bezirke Calw, Nagold und Neuenbürg gehören, hat beschlossen, gleich den übrigen Vereinigungen des Landes, den **Mahllohn ab 20. August wied. in Natura zu erheben.**
Es wurden folgende Sätze festgesetzt:
Für Mahlen von Brotgetreide 7 Pfd. pro 3tr.
für zweimal. Schrotten von Gerste, Haber, Mais usw. 7 Pfd. pro 3tr.
für einmal. Schrotten von Gerste, Haber, Mais usw. 5 Pfd. pro 3tr.
Bei Gelbentlohnung kommt der jeweilige Tagespreis zur Anrechnung.
Die durch den katastrophalen Marktsturz geschaffene schwierige Lage des Müllergewerbes, das durch die gewaltige Steigerung der Betriebskosten, die das 100-fache des Friedenspreises überschritten haben, in größte wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten ist, erfordert die Rückkehr der Naturalienlohnung, denn nur dadurch kann eine der Zeit entsprechende gerechte Entlohnung durchgeführt werden.
Der Vorstand.

Direkt ab Fabrik
erhalten Sie nach vorliegenden zahlreichen Mustern
la. Herren- und Damen-Stoffe
in jeder Preislage und Farbe beim Bezug durch
Adolf Schrag, Calw, Bischoff-Str. 489.
Auf Wunsch Vorlage der Muster ohne Kaufzwang.

Damen- und Kinder-Hüte
Geschw. Gutmann
Westl. 28 Pforzheim Tel. 369.
Am Neuben d. Wolldeckenfabrik Weilderstadt A.-G. finden
Maurer, Bauhilfsarbeiter, Zimmerleute
sofort Beschäftigung.
Wolldeckenfabrik Weilderstadt A.-G. Weilderstadt.

Stadtgarten Stuttgart.
Legte Woche
John Hagenbeck Schau 48 Löwen

Legter billiger Tag.
Sonntag, den 20. August 1922.

Seigwaren
keits reich in bekannt guter Qualität empfiehlt
Hermann Schnirle
Bäckerei und Seigwarengeschäft.

Infolge neuer Bezirks-einteilung in Württemberg haben wir die
Generalvertretung bezw. Alleinverkauf
unserer weltberühmten, sehr gut eingeführten **Wohlmuth-Apparate**
für Calw, Neuenbürg, Wildbad, nebst großer Umgebung an tüchtigen Herrn oder Dame zu vergeben, der Bezirk würde eventl. noch erweitert. Es kommen nur Bewerber in Frage die eine kleine Organisation verstehen u. den Verkauf forcieren. Der Verkauf bietet sehr hohes Einkommen. Weltgehendste Reklame wird von der Fabrik übernommen.
G. Wohlmuth & Co. AG
Fabrik elektro-galvanischer Apparate
Konstanz
Kreuzlingerstraße 47 a. Fernsprecher 1011.

1,8 Land-Hühner

(1921er)
hat zu verkaufen
B. Adolff, sen.
Lederstr. 151, Fernspr. 9.
Wer verkauft gegen Barzahlung
Geschäfts- oder Rentehaus auch mittl. Gut, Geschützt usw.
Offerten unter N. E. 1522 an Rudolf Mosse, Stuttgart.

Kaffee
in bekannt guter Mischung.
roh und jede Woche frisch gebrannt
empfiehlt
C. Serva
Fernsprecher-Nr. 120.

Veteranen- und Militär-Berein Calw.

Morgen Abend 8 1/2 Uhr findet bei Kamerad Gustav Schwämmle zum Dschen ein e
außerordentliche General-Versammlung
statt, wozu die Kameraden wegen sehr wichtiger Tagesordnung zu zahlreichem Erscheinen freundl. eingeladen werden.
Der Ausschuß.

Deutsch-Lertilarbeiterverband
Geschäftsstelle Calw und Umgegend.
Am Sonntag, den 20. August, nachmittags 1/3 Uhr, findet für die in den Orten der Waldseite wohnenden Mitglieder
im Gasthaus zur „Krone“ in Altbürg Mitglieder-Versammlung
statt. Tagesordnung:
1. Geldentwertung — Teuerung — Lohnfrage.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Vollzähliges Erscheinen aller Kollegen zu dieser wichtigen Versammlung wird erwartet.
Der Vorstand.

Achtung!

Nächsten Sonntag nachm. 2 Uhr findet
in Altbürg
im Gasthaus zur „Sonne“ eine wichtige
Versammlung der Kanarienzüchter
von Calw und Umgebung betr. Absehung der Jungen statt
Redner: **E. Schaal-Stuttgart.**
Wichtig für jeden Züchter. Einige Züchter.

feurio
Die Haushaltseife mit 80% Fett, ganz trocken, daher die Sparsamste.

VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART STUTTGART-UNTERTÜRKEIM

Maistuttermehl, Weizenkleie
empfiehlt
Otto Jung.
Circa 2 1/2 cdm
Bauholz
vom Abbruch zu verkaufen
Obere Marktstr. 23.

Erntearbeiter
können sofort eintreten bei
Hohl, Hof Diche.
Fallobst gibt ab der Obige:
Ferner ist mir ein 4 Monate alter
Schnauzer
(Rattenjäger) verkaufen und bitte um Nachricht über dessen Verbleib. Kennzeichen: Ohren ungestutzt.
Jüngeres, besseres Zweitmädchen
für kleineren herrschaftl. Etagenhaushalt sofort nach Köln gesucht.
Vorzustellen bis Sonntag bei Frau Lapp, z. St. Landhans Hahn, Liebenzell.
Stammheim.
Wegen Wegzug verkaufe ich
1 Gullenfaß, 1 Pflug, 1 Ruhgeschirr, sow. Sonstiges.
H. Viebenbach.
Alzenberg.
Starke
Milch-Schweine

verkauft
E. Marie Beutler.

Volks-Theater. Heute Freitag Abend Im weißen Rössl.
Vorverkauf: Zigarrenhaus R. Ott, Fernspr. 133.

Turn-Verein Hirsau.
Sonntag, den 20. August 1922 findet
in den Anlagen das diesjährige
Sommer-Fest
verbunden
mit Preis-Turnen
statt, wozu Freunde und Gönner freundlichst eingeladen werden.
Beginn des Preisturnens 8 Uhr vorm.,
Festzuges 2 Uhr nachm.,
Preisverteilung 6 Uhr abends.
Eintritt: Erwachsene 5 Mark; Kinder 2 Mark.
J. A.: Der Turn-Rat: Göring

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Sonntag, den 20. August 1922, nachmittags 2 Uhr stattfindenden
kirchlichen Trauung
in Liebenzell freundlichst einzuladen.
Mina Burkhardt, Malsenbach/Liebenzell
Albert Kübler, Hirsau.

Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Sonntag, den 20. August 1922 stattfindenden
Hochzeitsfeier
im Gasthaus zum „Alder“ in Bieselsberg freundlichst einzuladen.
Rudolf Krauß, Bieselsberg.
Rosa Schanz, Monakam.
Kirchgang 12 Uhr in Bieselsberg.
Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegen nehmen zu wollen.

Gelbstengler
sind eingetroffen und empfiehlt
R. Schröck, Weilderstadt, Obere Klosterstraße.
Einige Zentner
alte Kartoffeln
sucht zu kaufen.
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.
Komme nächster Tage nach Calw und Umgebung und
kaufe alte Gebisse.
Zahle bei sofortigem Angebot bis
80 Mk. pro Zahn.
Spreche zur gewünschten Zeit vor u. erbitte Adressen-Abgabe unter W. W. 190 in der Geschäftsst. ds. Bl.

Güttingen.
Circa 700 Liter g u t e n
Apfel-Most
hat zu verkaufen
Müller, obere Mühle.

Frauenhaare
ausgegangen, kauft
Friseur Obermatt.

Wer
Stenographie-Unterricht
nach Stolze-Schren erwünscht, wolle unter N. N. 190 an d. Geschäftsstelle ds. Bl. schreiben.

Fahrpläne
sind in der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 1 Mark erhältlich.

Hier!
In den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssig. Hausgerät zu verkaufen
▽

Nr. 192.
Einleitung
Reparations
Berlin, 18. August 1922.
bury, das erste
Maclaure, der
französische
nächster Woche
über die Repar
des W.B.: Di
mission über da
darnach hinaus
Paris, 18. August
den Bericht: N
ihre Ansichten ab
Nachmittag zu
schlossen, Sir
und den Präsi
sich nach Berlin
dene unerläßlich
markt die Agenc
den, vom Gener
ministeriums
—Wartchau ab
Tage dauern. C
mann zusammen
gen mit der de
rationskommissio
bezüglich der An
triumsgefuches
Deutsch-
London, 18. August
politischen Kreis
nanzminister sich
nach Berlin beg
Deutschland und
seines Aufenthal
Frankr
Paris, 18. August
schieden Repara
tag Vormittag.
Reparationskon
beantragten M
glieder der Kom
willig (!) die
französische Reg
Eine Schw
Paris, 18. August
Industrielle“ au
tionsfrage mit
wirtschaftlichem
fast der gesamten
Wir haben Kohle
binden wir unse
„Gaulois“ hält
die Reparations
Verhandlungen
Wendung der
sich in klaren Um
bis zum anderen
Warum sollte m
Deutschland in d
uns keine andere
Land zu verständig
zur Einstellun
Berlin, 18. August
Vollmacht in Lon
der Allierten d
Sinnfälligkeit der
der Abschnitte d
Gesuldet werde